

## Acht Minister für dauerhaften Hochschulpakt

Sachsen und Thüringen fordern Milliarden vom Bund

VON WINFRIED MAHR

**DRESDEN.** Sachsens Wissenschaftsministerin Eva-Maria Stange und ihr Thüringer Amtskollege Wolfgang Tiefensee (beide SPD) unterstützen die Forderung nach einer dauerhaften Mitfinanzierung des Bundes für die Hochschulen. „Der bald endende Hochschulpakt von Bund und Ländern muss verstetigt werden“, sagte Stange gestern während der in Berlin laufenden Koalitionsverhandlungen. Nötig sei eine bedarfsgerechte Grundfinanzierung der Hochschulen, um langfristig ein optimales Studium an jeder Einrichtung zu gewährleisten. Den nötigen Beitrag des Bundes bezifferte sie auf rund drei Milliarden Euro jährlich.

Thüringens Wissenschaftsminister Tiefensee warnte vor einem Ende des vor neun Jahren zwischen Bund und Ländern vereinbarten Paktes. Ein Abbruch sei keine Option, betonte Tiefensee, der die Probleme bei der Finanzierung der Lehrkräfte und der Gebäudeerhaltung auch schon aus seiner Zeit als Leipziger Oberbürgermeister kennt. Ohne Planungssicherheit über 2020 hinaus müssten Hochschulen weiteres Personal abbauen, so der SPD-Politiker.

Die Länder Berlin, Brandenburg, Bremen, Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen signalisierten ihre Bereitschaft, sich an der Finanzierung zu beteiligen, indem sie sich verpflichten, ihre Aufwendungen für die Grundfinanzierung der Hochschulen auf hohem Niveau fortzuführen. Hochschulen müssten außerdem in die Lage versetzt werden, bisher befristet beschäftigtes Personal dauerhaft einzustellen und die Beschäftigungsbedingungen im Sinne „guter Arbeit“ zu verbessern, so Stange.

An der Universität Leipzig haben fast 58 Prozent der 6700 Beschäftigten befristete Arbeitsverhältnisse. „Die Mittel, die bisher im Rahmen des Hochschulpaktes zur Verfügung gestellt wurden, sind für die Universität Leipzig unverzichtbar“, betonte Rektorin Beate Schücking. Sie hoffe auf die neue Bundesregierung: „Sie sollte auf eine verlässliche, dauerhafte Unterstützung vor allem der Universitäten und Hochschulen setzen, die bei Studierenden besonders gefragt sind.“

### KURZ GEMELDET

#### Erneut Abschiebung ab dem Leipziger Flughafen

**LEIPZIG.** Vom Flughafen Leipzig-Halle aus sind gestern erneut abgelehnte Asylbewerber nach Tunesien ausgeflogen worden. In dem Sammelcharter saßen 20 ausreisepflichtige und straffällige Tunesier, wie das Innenministerium in Dresden mitteilte. 15 kamen aus Sachsen, zwölf von ihnen direkt aus der Haft, drei aus Baden-Württemberg und jeweils einer aus Hamburg und Nordrhein-Westfalen. Laut Markus Ulbig (CDU) werde Sachsen weiterhin Sammelcharter mit Rückführungen organisieren. Bis Ende September dieses Jahres würden demnach aus Sachsen insgesamt 104 Tunesier in ihr Heimatland zurückgebracht.

#### Schmugglerring brachte Drogen ins Gefängnis

**TONNA.** In einem Gefängnis in Thüringen sollen offenbar über Jahre im großen Stil Drogen verkauft worden sein. In der Justizvollzugsanstalt Tonna (Kreis Gotha) seien in einem Zeitraum von fünf Jahren Drogen im Wert von mehr als einer Million Euro umgesetzt worden, berichtete gestern der MDR. Ein Sprecher der für organisierte Kriminalität zuständigen Staatsanwaltschaft Gera bestätigte Ermittlungen. Alleine zwischen 2011 und 2015 soll dem Bericht nach alle zwei Wochen eine Lieferung Drogen über einen Schmugglerring von außen in die Haftanstalt gebracht worden sein.

#### Wolfs-Hunde-Mischlinge sollen in Bärenpark Worbis

**ERFURT.** Die sechs Thüringer Wolfs-Hunde-Mischlinge sollen eingefangen und in den Worbiser Bären- und Wolfspark umgesiedelt werden. Die Welpen müssten dafür bis spätestens Ende Februar eingefangen werden, bevor sie sich ein neues Revier suchen, sagte die Thüringer Umweltministerin Anja Siegesmund (Grüne) gestern in Erfurt. Sollte dies nicht gelingen, müssten die Tiere doch abgeschossen werden. Die Hybrid-Nachkommen müssen aus Gründen des Artenschutzes aus der Natur verschwinden. In der Sächsischen Schweiz wurde ein Wolf am Dienstag bei einem Verkehrsunfall getötet.

### GEWINNZAHLEN

#### ■ LOTTO AM MITTWOCH

Mittwochslotto: 7 - 14 - 24 - 37 - 38 - 43  
Superzahl: 7

Spiel 77: 518 44 22  
Super 6: 378 292

(Alle Angaben ohne Gewähr)



## Fatale Entwicklung im ländlichen Raum: Immer mehr Jugendclubs machen dicht

Defizit bei der Jugendarbeit in Sachsen / Freistaat sieht Landkreise in der Pflicht

VON STEPHANIE HELM

**LEIPZIG.** Der demografische Wandel könnte kaum deutlicher sein. Kommunen klagen über Wegzüge, über eine alternde Bevölkerung. Doch um junge Leuten zu halten, müssen sich diese mit Heimatstadt und -dorf identifizieren können. Genau hier gibt es in Sachsen aber ein deutliches Defizit. Steckt die Jugendarbeit in Sachsen in einer Krise?

„Im ländlichen Raum – ja.“ Henning Homann, SPD-Abgeordneter und jugendpolitischer Sprecher im sächsischen Landtag, findet klare Worte. „Es gibt nach wie vor große weiße Flecken in Sachsen. Im Vergleich zu anderen Bundesländern hat der Freistaat nie viel Geld für die Jugendarbeit ausgegeben“, sagt Homann.

Negative Beispiele gibt es viele: So soll der Jugendclub Pfaffenhain im Örtchen Leukersdorf (Erzgebirgskreis) umgesiedelt werden. Grund dafür ist, dass die Feuerwehr vom alten in ein neues Haus ziehen soll. Das ins Auge gefasste Gebäude gibt der Eigentümer aber nur ab, wenn er das dahinterliegende Areal bekommt. Darauf steht aber der Jugendclub. Auch in Kriebethal (Mittelsachsen) mussten die Jugendlichen des dort ansässigen Jugendclubs ihr Domizil räumen, um Platz für die Unterbringung des Bauhofes zu machen. Dessen Unterhaltung sei, anders als die eines Jugendclubs, eine Pflichtaufgabe der Gemeinde, erklärte die Bürgermeisterin.

Die Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit in Plauen (Vogtlandkreis) stehen ebenfalls vor größeren Einschnitten: Bisher gezahlte Zuschüsse will das Landratsamt ab 2018 erheblich kürzen. Und in Hartha (Mittelsachsen) mussten die Jugendlichen ihren Jugendclub räumen, weil die Bausubstanz des bisherigen Domizils nicht mehr den Anforderungen entsprach. Monatelange Suche nach neuen Räumlichkeiten, verbunden mit der mangelnden Kommunikation seitens der Stadtverwaltung, zermürbten die

Jugendlichen schließlich so sehr, dass sie ihre Bemühungen einstellen.

Wie Katja Naumann, stellvertretende Sprecherin des Sozialministeriums, erklärt, hat der Freistaat bei dieser Problematik aber lediglich eine unterstützende Funktion. In der Pflicht stehen die Landkreise und kreisfreien Städte. Sie müssen eine Grundversorgung mit Angeboten der Jugendarbeit zwingend vorhalten. Im Gesetz findet sich dazu noch der schwammige Zusatz „in unbestimmtem Ausmaß“.

Derzeit erhalten die kreisfreien Städte und Landkreise pro Jugendlichen unter 27 Jahren pro Jahr eine sogenannte Jugendpauschale von 12,40 Euro. Um den abwanderungsbedingten Rückgang der Fördermittel in der Jugendpauschale auszugleichen, hat der Freistaat neben der Grundpauschale ein Rangziffer-System entwickelt. „Die Gebietskörperschaft, aus der die meisten jungen Menschen abwandern, erhält dabei die größte Rangziffer und damit über die Grundpauschale hinaus mehr Mittel“, erklärt Naumann.

In Sachsen Jugendarbeit gibt es in Sachsen große weiße Flecken.

Henning Homann (SPD) jugendpolitischer Sprecher

„

vor Ort zu analysieren. SPD-Abgeordneter Homann sagt: „Es braucht einen Pakt zwischen Land und Kommune, und das am besten über einen längeren Zeitraum als nur ein Jahr wie es bis jetzt der Fall ist.“

Biete man Kindern und Jugendlichen die Möglichkeit, ihr Heimatdorf oder

-städtchen mitzugestalten, schaffe man auch Identifikation. Mit Projekten, die die Jugendlichen umsetzen können. Dies sei etwas, das sich weiterentwickeln und wachsen könne. „Und wer sich mit seiner Heimat identifiziert, entscheidet sich eher dazu, zu bleiben“, sagt Homann.

Tatsächlich unterstützt der Freistaat Sachsen solche Projekte mit regionalem Bezug mit der Förderrichtlinie „Weiterentwicklung“. Die dort zur Verfügung stehenden Mittel werden allerdings regelmäßig nicht ausgeschöpft, weil von Landkreisen, kreisfreien Städten oder Trägern der freien Jugendhilfe kaum Projekte initiiert werden, so das Sozialministerium.

Anke Miebach-Stiens ist Geschäftsführerin der Arbeitsgemeinschaft Jugendfreizeitstätten (AGJF Sachsen) – die Dachorganisation für Jugendarbeit und Jugendhilfe in Sachsen. Auch sie schaut besorgt auf die derzeitige Lage. „Jugendarbeit ist für junge Menschen, für Eltern, das Gemeinwesen und die Gesellschaft wichtig.“ Zu oft werde sie anhand von Demografie beschrieben: „Wenig junge Menschen, kein Angebot nötig – gerade im ländlichen Raum ist diese Ansicht fatal“, so Miebach-Stiens. Das Argument, Feuerwehren oder Kirchgemeinden kümmern sich um die Jugendarbeit in einer Kommune, reiche nicht.

Homann sagt: „Fertige Vereine funktionieren, aber eben nicht für jeden. Jugendliche müssen Möglichkeiten haben, sich selber auszuprobieren.“ Miebach-Stiens ergänzt: „Sehr oft ist ein Gelingen davon abhängig, ob es erwachsene Fürsprecher und Unterstützung im Gemeinwesen gibt.“ Und daran scheitert es in der Praxis zu oft. Verantwortliche tun sich schwer damit, neuen Initiativen eine Chance zu geben. Dabei gibt es gute Beispiele wie mobile Jugendarbeit und selbstverwaltete Jugendclubs. „Es braucht politische Anerkennung, dass Jugendarbeit ein integraler Bestandteil ist und in jeder Kommune und Gemeinde ihren festen Platz haben muss“, ist sich Miebach-Stiens sicher.



Die Jugendarbeit in Sachsen steckt in der Krise. Die Leidtragenden sind die Kinder und Jugendlichen – vor allem im ländlichen Raum.

Foto: Imago

## Thüringer Forscher in Äthiopien vermisst

Der gebürtige Leipziger Dirk Donath lebte seit 2008 in Afrika und betreute Architekturprojekte

VON DIRK LÖHR

**ERFURT/WEIMAR.** Ein Forscher aus Thüringen wird seit längerer Zeit in Afrika vermisst. Von Professor Dirk Donath fehle in Äthiopien seit Wochen jede Spur, erklärte das Auswärtige Amt in Berlin gegenüber der „Thüringer Allgemeinen“. Die deutsche Botschaft in der Hauptstadt Addis Abeba stehe mit den örtlichen Behörden und der Familie des Betroffenen in engem Kontakt. Einzelheiten habe man in Berlin allerdings nicht nennen wollen.

Laut Angaben der Zeitung ist der im Jahr 1961 in Leipzig geborene Donath von der Weimarer Bauhaus-Universität nach Ostafrika entsandt worden und lebt seit Jahren dort. Er besetze den Lehrstuhl für „Baukonstruktion und Entwerfen“ am Architekturinstitut der Addis Abeba University. In dieser Funktion arbeite er an der Entwicklung von Baustoffen und -neuartigen Gebäuden, die vor Ort hergestellt und zusammengesetzt werden können. Gleichzeitig seien laut der Bauhaus-Universität neue Ausbildungsprogramme für Architekten und Stadtplaner entstanden, hieß es.

Der Wissenschaftler lebe bereits seit dem Jahr 2008 in Äthiopien, er kenne also die dortigen Verhältnisse. Aus Bekanntenkreisen habe es geheißt, er habe mit Freunden ein Gebiet erkundet und dann ein Nachtlager aufgeschlagen. Für einen kurzen Moment habe er sich abgesetzt und sei danach nicht zurückgekehrt. Das sei vor vier Wochen gewesen. Eine großangelegte Suchaktion sei ergebnislos verlaufen.



Äthiopien gelte als nicht sehr sicher. Im Grenzgebiet der Oromo- und Somali-Regionen komme es seit Anfang 2017 verstärkt zu gewaltsamen und teilweise tödlichen Zusammenstößen der beiden Volksgruppen. „Der erstmaligen Verhängung des Ausnahmezustands im Oktober 2016 gingen Proteste voraus, die sich unter anderem am Stadtentwicklungsplan in Addis Abeba entzündeten“, zitiert die „Thüringer Allgemeine“ das Auswärtige Amt; viele Oromos befürchteten weitere Landnahmen bei unzureichender Kompensation. Ob hier ein Zusammenhang mit dem Verschwinden des Architekturprofessors aus Thüringen bestehe, sei noch völlig unklar. Wie in anderen ostafrikanischen Ländern könnten auch Aktivitäten terroristischer Gruppen in

Dirk Donath wurde 1961 in Leipzig geboren und studierte in den achtziger Jahren in Weimar. Die dortige Universität schickte ihn auch 2008 nach Addis Abeba – in Äthiopien wird Donat nun seit längerem vermisst.

Foto: Archiv

Äthiopien nicht ausgeschlossen werden.

Vor einigen Jahren habe die Bauhaus-Universität noch erwogen, das vom Deutschen Akademischen Auslandsdienst finanzierte Projekt „Welcome to Africa“ mit seinem Hausbauprogramm – Gebäude in Würfform mit Wänden aus gepresstem Stroh – in den Sudan auszuweiten. Doch die unsichere Lage habe dies vereitelt. Gegenüber Medien habe Donath damals geäußert, dass er auch diesem Ruf gern folgen würde.

Donath galt bei seiner Berufung 1993 als einer der jüngsten Professoren Thüringens. Der gebürtige Leipziger verbrachte Kindheit und Jugend in Nordhausen, wie die „Thüringer Allgemeine“ berichtet. Dort lehrte sein Vater an der Ingenieurschule für Landtechnik (heutige Hochschule). Von 1981 bis 1986 studierte Donath Architektur und Angewandte Informatik an der Weimarer Hochschule. Dort promovierte er 1988. Ab 2000 war der Wissenschaftler auch Mitglied des Senats. 2008 ging Donath nach Addis Abeba, wo er Projekte der Entwicklungshilfe umsetzte, die deutschlandweit in den Medien Beachtung fanden. Donath hat drei Söhne.

## Immer mehr der Droge Crystal gelangt nach Sachsen

**DRESDEN.** Sachsen bleibt bundesweit die Crystal-Hochburg. Die chemische Droge sei nicht nur die am meisten genutzte im Freistaat, sondern werde dort auch am erfolgreichsten vertrieben, berichtet die „Sächsische Zeitung“. Während Polizei und Zoll 2016 im Vergleich zu 2015 im Bundesgebiet 6,9 Prozent weniger Crystal sicherstellten, seien die Mengen in Sachsen und Sachsen-Anhalt gestiegen, hieß es im aktuellen Lagebericht Rauschgift des Bundeskriminalamtes.

Demnach habe allein die sächsische Polizei 14,3 Kilogramm Crystal sichergestellt. Aus einer Kleinen Anfrage der AfD-Fraktion im Landtag gehe zudem hervor, dass 2017 allein im ersten Halbjahr 846 mit Crystal in Verbindung stehende Strafverfahren eingeleitet wurden. Die meisten Delikte erfasste die Polizei in Dresden und Leipzig, gefolgt von Bautzen.

Crystal kann relativ billig hergestellt werden. Das Problem sei die ständige Verfügbarkeit, so Tom Bernhardt, Sprecher des Landeskriminalamts. An Crystal komme „man hier überall und jederzeit ran, die Beschaffung von Drogen wie Heroin ist viel aufwendiger“. Die Droge wird zum Großteil in Tschechien hergestellt. Sie könne schnell, einfach und in großen Mengen aus dem Nachbarland über die Grenze gebracht werden. Laut Landeskriminalamt sind auf vielen tschechischen Märkten stets größere Mengen Crystal verfügbar.

Katharina Rögner

## Urteil: Geldstrafe für früheren PKK-Mann

**FRANKFURT AM MAIN.** Weil er sich über einen längeren Zeitraum in Thüringen und Sachsen in der deutschen Sektion der verbotenen kurdischen Arbeiterpartei PKK engagiert hat, ist ein türkischer Asylbewerber gestern vom Landgericht Frankfurt am Main zu 600 Euro Geldstrafe (120 Tagessätze) verurteilt worden. Die Staatsschutzkammer ging im Urteil von einem Verstoß gegen das im Vereinsgesetz geregelte Betätigungsverbot aus.

Der heute 42-Jährige hatte bis 2014 als Leiter der PKK-Organisation in Sachsen, Thüringen und Nordhessen fungiert und in dieser Eigenschaft auch Kontakte zu höherrangigen Funktionären. Am Ende aber trat er laut eigenen Angaben aus freien Stücken aus der PKK aus, weil er sich mit deren Zielen nicht mehr identifizierte. Das Gericht wertete dies als erheblich strafmildernd. Die Anklagevertreterin hatte trotz Reue und Einsicht des Angeklagten eine Bewährungsstrafe von neun Monaten beantragt. Die PKK ist seit Langem als Terrororganisation eingestuft.

## Mehr Gefangene in Untersuchungshaft

**KAMENZ.** In den zehn Gefängnissen Sachsens ist die Zahl der Menschen in Untersuchungshaft gestiegen. Zum Stichtag 31. März saßen 703 Frauen und Männer in Untersuchungshaft – 73 Menschen beziehungsweise zwölf Prozent mehr als zum Vorjahreszeitpunkt, wie das Statistische Landesamt in Kamenz gestern mitteilte. Die Zahl der Strafgefangenen insgesamt ist nahezu konstant geblieben. 3559 Gefangene und Sicherungsverwahrte saßen ein, das waren zwei mehr als ein Jahr zuvor. Die Zahl der inhaftierten Ausländer erhöhte sich dagegen in dem Zeitraum um 88 auf 570, wie die Behörde weiter mitteilte. Zu Strafen von bis zu einem Jahr Haft waren knapp die Hälfte der Gefangenen (1403 Menschen) verurteilt. 1198 verübten eine Strafe von bis zu fünf Jahren.